

Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland

Von Imeh Ituen und Lisa Tatu Hey

Inhaltsverzeichnis

Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland	4
Warren County – der Startpunkt der Umweltgerechtigkeit(sbewegung)	4
Von NIMBY zu NIABY	5
US-amerikanische Studien belegen Umweltrassismus und die gesund- heitlichen Folgen	5
Weiterentwicklung und -verbreitung der Umweltgerechtigkeit	7
Umweltrassismus in Deutschland	8
Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und in der Wohnpolitik	9
Die Klimakrise verstärkt bestehende Ungleichheiten	10
Wechselwirkung von Klimawandelfolgen und Umweltrassismus in Deutschland	13
Umweltrassismus verstößt gegen Grund- und Menschenrechte	14
Ausblick	16
Glossar	17
Literatur und andere Quellen	19
Die Autorinnen	23

«Er [der Darmstädter Oberbürgermeister] aber verbannte die obdachlos gemachten Familien an den Stadtrand in Zelte, neben Müllkippe, Kläranlage, Rattenlöcher und Autobahnzubringer. Diesem Rassismus standen Sinti und Roma fassungslos gegenüber.»

Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, in: «Wir wollen Bürgerrechte und keinen Rassismus», 1985

«Für uns heißt diese Veranstaltung nicht Fridays for Future. Für uns heißt diese Veranstaltung Fridays for Past, Present and Future, weil der Globale Norden uns und unseren Familien die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft klaut.»

Abena Kennedy-Asante auf dem Globalen Klimastreik in Berlin, 2019



Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland

Unter dem Begriff «Umweltrassismus» stößt die US-amerikanische Umweltgerechtigkeitsbewegung in den 1980er Jahren eine Auseinandersetzung mit den rassistischen Effekten der ungleichen Verteilung von Umweltgütern und -risiken an. In Deutschland wurde Umweltrassismus auch bereits 1985 thematisiert. In einer Publikation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma beschreibt Romani Rose den Umweltrassismus, den Sinti*zza und Rom*nja in Deutschland erfahren. Seitdem sind fast vier Jahrzehnte vergangen. Angesichts der Klimakrise fragt eine neue Generation von Menschen, die Rassismus erfahren, ob und wie Klimawandelfolgen die Wirkmächtigkeit von Umweltrassismus verstärken. Damals wie heute stehen Menschen, die von Rassismus betroffen sind, vor der Herausforderung, dass Umweltrassismus in Deutschland fast gänzlich unerforscht ist. Welche Aussagen lassen sich auf Basis der vorliegenden Studien über Umweltrassismus in Deutschland treffen? Wo gibt es Leerstellen in der Forschung? Und welche Bedeutung hat das heute für BIPoC (Schwarze Menschen, Indigene Menschen und Menschen of Colour) in Deutschland?

Warren County – der Startpunkt der Umweltgerechtigkeit(sbewegung)

Wohin mit einem Haufen Erde, die so mit gesundheitsgefährdenden Chemikalien verseucht ist, dass sie keiner haben will?

Der Bundesstaat North Carolina in den USA entschied sich im Jahr 1982 dafür, mit Polychlorierten Biphenylen (PCB) verseuchte Erden in der kleinen Stadt Afton zu entsorgen. Afton liegt im Warren County, damals einer der ärmsten Landkreise in North Carolina, mit einem Schwarzen Bevölkerungsanteil von 65 Prozent. Eine Bürgerinitiative im weißen Teil der Stadt konnte den Bau der Giftmülldeponie in ihrer Gegend abwenden. Die Schwarze Bevölkerung von Afton hingegen kämpfte mehr als drei Jahre gegen den Bau der Giftmülldeponie – zuerst vor Gericht, dann mit Sitzblockaden und Demonstrationen. Allein während des längsten, sechswöchigen Protests wurden mehr als 500 Demonstrant*innen verhaftet. Die juristischen und aktivistischen Bemühungen konnten den Bau der Mülldeponie nicht verhindern, aber sie dienten Schwarzen Nachbarschaften in den USA vielerorts als Vorbild für weitere Proteste und gelten daher gemeinhin als Startpunkt der Umweltgerechtigkeitsbewegung.

Pulido 2017. Siehe auch: https://timeline.com/warren-county-dumping-race-4d8fe8de06cb.

Von NIMBY zu NIABY

Nicht zuletzt deshalb, weil weiße Bevölkerungsgruppen «Not In My Backyard» (NIMBY, dt. «nicht in meiner Nachbarschaft») forderten, kam die Giftmülldeponie, auch gegen den Protest der Bewohner*innen, in eine mehrheitlich Schwarze Nachbarschaft.

Bereits in den Anfängen der Umweltgerechtigkeitsbewegung erkannten die Aktivist*innen, dass die Forderung «NIMBY» unweigerlich dazu führt, dass toxische Abfälle in Schwarzen, armen und/oder anderweitig benachteiligten Nachbarschaften deponiert würden. Mit dem Begriff «Umweltrassismus» ordneten sie dieses Phänomen als rassistisches Problem ein. Damit toxische Abfälle gar nicht erst entstehen, forderten sie nicht, dass die Produktion von verschmutzenden Industrien verlagert, sondern gänzlich eingestellt wird. Nur das Prinzip NIABY – Akronym für «Not In Anyone's Backyard» (dt. «in keiner Nachbarschaft») – würde marginalisierte Gruppen vor Umweltrisiken schützen.

Den Begriff Umweltrassismus definierte der Soziologe und Aktivist Robert Bullard 1994 als «jede Politik, Praxis oder Richtlinie, die (beabsichtigt oder unbeabsichtigt) Einzelpersonen, Gruppen oder Gemeinschaften aufgrund von «race» oder Hautfarbe benachteiligt». Dabei wurde Umweltrassismus schon früh als globales Phänomen verstanden, das sich auch in dem Export von Giftmüll und riskanten Technologien in Länder des Globalen Südens ausdrückt.

US-amerikanische Studien belegen Umweltrassismus und die gesundheitlichen Folgen

Angestoßen durch die Proteste im Warren County untersuchte eine Studie der United Church of Christ 1987 den Zusammenhang zwischen Rassismus und der Standortvergabe von Gift- und Sondermülldeponien. Die Ergebnisse der Studie machten ein landesweites Muster sichtbar. Für Bevölkerungsgruppen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, war die Wahrscheinlichkeit, in der Nähe von toxischen Abfällen zu leben, fünfmal so hoch wie die von Weißen. Auch heute weisen Studien die Wirksamkeit von Umweltrassismus in den USA nach. Damals wie heute lässt sich diese Ungleichheit nicht alleine durch Einkommensunterschiede erklären. Eine umfangreiche Studie aus dem Jahr 2008 ergab, dass Schwarze Menschen in den USA mit einem jährlichen Haushaltseinkommen zwischen 50.000 und 60.000 US-Dollar in Nachbarschaften leben, die stärker verschmutzt sind als

- Eigene Übersetzung. Bullard 1994, S.1037. Dr. Bullards Arbeit über Umweltrassismus war prägend für die Umweltgerechtigkeitsbewegung. Siehe auch: https://www.flickr.com/photos/snre/8057541429.
- 3 United Church of Christ (UCCRJ) 1987.
- 4 Ebd., S. 16.



die durchschnittliche weiße Nachbarschaft mit einem Haushaltseinkommen unter 10.000 Dollar. [5]

Hazel Johnson gehört zu den Ersten, die den Zusammenhang von Umweltrassismus und chronischen Krankheiten untersuchte. Nach dem Tod ihres Mannes an Lungenkrebs und dem Auftreten von Haut- und Atemwegsproblemen bei ihren Kindern begann Johnson, den Gesundheitszustand der Menschen in ihrer mehrheitlich Schwarzen Chicagoer Nachbarschaft zu dokumentieren. Hazel Johnsons Nachbarschaft wies nicht nur eine unverhältnismäßig große Zahl an Mülldeponien, Fabriken und Kläranlagen auf, sondern auch die höchste Krebsrate der Stadt. Zu dem Spektrum an Erkrankungen, bei denen Umwelteinflüsse eine Rolle spielen können, gehören psychosoziale und physische Krankheiten wie Unfruchtbarkeit, Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen. Erhöhte Umweltbelastung im Arbeits- und Wohnumfeld ist auch heute noch ein Faktor für den Unterschied in der durchschnittlichen Lebenserwartung von weißen und Schwarzen Menschen.

Weiterentwicklung und -verbreitung der Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeitsbewegung und -theorie blieben personell und inhaltlich nicht auf die USA beschränkt. Bereits 1991 findet mit dem «First National People of Color Environmental Leadership Summit» ein internationaler Kongress statt, der BIPoC-Perspektiven auf Umweltgerechtigkeit aus dem Globalen Norden und Globalen Süden der Welt zusammenbringt. Dies spiegelt sich auch in den 17 Umweltgerechtigkeitsprinzipien wider, auf die sich die Delegierten einigten. So beruht eines der Prinzipien auf der Forderung nach Reparationszahlungen für 500 Jahre Kolonialisierung und Unterdrückung.^[8]

Im Kontrast zu diesen zivilgesellschaftlich getragenen Entwicklungen findet die Auseinandersetzung mit Umweltgerechtigkeit in Europa vornehmlich in der Wissenschaft statt. Auch thematisch lässt sich eine Verschiebung feststellen. Forschung zu Umweltgerechtigkeit konzentriert sich im europäischem Kontext fast ausschließlich auf den Faktor Einkommensungleichheit. Race, die Unterdrückungsdimension, die Umweltgerechtigkeit zu Beginn stark geprägt hat, findet in europäischen Studien kaum Beachtung. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass in Europa anders als in den USA kaum soziodemografische

- 5 Downey und Hawkins 2008.
- 6 Pellow 2004.
- 7 Riddell et al. 2018.
- 8 First National People of Color Environmental Leadership Summit 1991.

Daten erfasst werden, die Auskunft darüber geben, ob eine Person Rassismuserfahrungen macht. [9]

Vor diesem Hintergrund ist *Pushed to the Wastelands – Environmental Racism against Roma Communities in Central and Eastern Europe* eine wegweisende Publikation. Dieser Bericht des European Environmental Bureau trägt die Ergebnisse mehrerer Studien zusammen und zeigt auf, dass Umweltrassismus gegen Sinti*zza und Rom*nja in den untersuchten Ländern ein strukturelles und weit verbreitetes Problem ist. Rom*nja und Sinti*zza werden häufig in Gegenden mit hoher Umweltbelastung verdrängt und gleichzeitig von Umweltgütern (z.B. Trinkwasserversorgung, Abfallentsorgung) ausgeschlossen.^[10]

Umweltrassismus in Deutschland

Auch in Deutschland vernachlässigen bisherige Studien zu Umweltgerechtigkeit die Untersuchung von Umweltrassismus. Dabei schrieb – wie erwähnt – Romani Rose in einer Publikation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma bereits 1985, dass Sini*zza und Rom*nja durch die Wohnungspolitik in Darmstadt an den Stadtrand verdrängt wurden, «neben Müllkippe, Kläranlage, Rattenlöcher und Autobahnzubringer». Auch heute finden sich noch Belege für das Fortwirken von Umweltrassismus gegenüber Rom*nja und Sinti*zza:

- Beispiel Heidelberg: Im Jahr 2004 wurde Sinti*zza in Heidelberg ein Grundstück gegeben, bei dem Boden und Grundwasser durch die Produktion eines großen Reinigungsmittelherstellers chemisch stark verunreinigt waren.^[12]
- Beispiel Hamburg: Im Jahr 2004 stellte die Stadt Hamburg Sinti*zza und Rom*nja, als Teil der Wiedergutmachung für die an ihnen begangenen Verbrechen, ein Grundstück zur Verfügung, ohne darüber zu informieren, dass es sich um eine ehemalige Mülldeponie handelt. Auch bei diesem Grundstück sind Boden und Grundwasser mit toxischen Substanzen verunreinigt.^[13]

In der Regel ist lediglich über das Geburtsland und/oder die aktuelle Staatsangehörigkeit eine Annäherung auf Basis der standardmäßig erfassten Daten möglich.

¹⁰ European Environmental Bureau 2020.

¹¹ Rose 1985, S. 32f.

¹² EJAtlas 2021.

¹³ Ebd.

Analog zu Studien aus den Niederlanden^[14], Großbritannien^[15] und Frankreich^[16] zeigen auch einige deutsche Studien, dass Städte und Stadtviertel mit einem höheren Anteil von Migrant*innen häufiger Standorte für umweltgefährdende Industrien sind:

- Beispiel Kassel: Die Ergebnisse von zwei Studien (2005, 2008) deuten darauf hin, dass Haushalte in Kassel mit niedrigerem sozioökonomischen Status und Migrationshintergrund überproportional von erhöhter Luftverschmutzung betroffen sind^[17] und in Stadtteilen mit geringerer Umweltqualität leben.^[18]
- Beispiel Hamburg: Eine Studie stellt fest, dass es eine signifikante Korrelation zwischen dem Anteil von Ausländer*innen und Umweltrisiken gibt, wodurch der Ausländeranteil die Variable mit der größten Vorhersagekraft für die Nähe zu toxischen Stoffen ist. [19]

Die angeführten europäischen und deutschen Studien konstatieren, dass die Korrelation zwischen Migrationshintergrund bzw. Staatsbürgerschaft und Umweltbelastung signifikanter ausfällt als die Korrelation zwischen dem sozioökonomischen Status bzw. Einkommen und Umweltbelastung. Das heißt, die Tatsache, dass eine Person einen Migrationshintergrund hat, ist in diesen Studien hinsichtlich der Wohnnähe zu industriellen Umweltrisiken relevanter als das Einkommen. Hiermit sei nicht gesagt, dass die Auswirkungen von «Rassismus» und «Klassismus» (siehe Glossar) sich ausschließen oder konkurrieren (siehe «Intersektionalität» im Glossar). Im Gegenteil, Unterdrückungsdimensionen wie Rassismus und Klassismus überschneiden sich häufig und verstärken somit die ungleiche Verteilung von Umweltrisiken und -gütern zu Lasten mehrfach marginalisierter Bevölkerungsgruppen.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und in der Wohnpolitik

Wohn- und Arbeitssegregation marginalisierter Bevölkerungsgruppen ist eine Voraussetzung für die ungleiche Verteilung von Umweltrisiken und -gütern. [20] Segregation ist im Wesentlichen eine Folge sozialer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und räumlicher

- 14 Fecht et al. 2015.
- **15** Ebd.
- **16** Laurian 2008.
- 17 Köckler et al. 2005.
- 18 Köckler et al. 2008.
- 19 Raddatz und Mennis 2013.
- 20 Morello-Frosch und Jesdale 2006.

Ausgrenzung. Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland in besonderem Maße von Wohn- und Arbeitssegregation betroffen. In einer repräsentativen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gaben im Jahr 2020 rund 15 Prozent der Befragten an, Diskriminierungserfahrungen aus rassistischen Gründen – wegen der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe oder der Herkunft aus einem anderen Land – gemacht zu haben. In derselben Studie gaben 41 Prozent der Befragten an, dass sie Bedenken hätten, eine Wohnung, die in ihrem Besitz wäre, an eine eingewanderte Person zu vermieten. [21]

Wohnsegregation lässt sich allerdings nur teilweise auf Rassismen seitens privater Vermieter*innen zurückführen und ist vor allem auch eine historisch gewachsene Folge rassistischer Wohnungspolitik. In Berlin und vielen anderen Städten konnten Migrant*innen, die in den 1960er Jahren zum Studieren oder Arbeiten nach Deutschland kamen, ihren Wohnort zumeist nicht frei aussuchen. [22] Arbeits- und Ausbildungsstätten mussten häufig Wohnheime oder andere Unterbringung bereitstellen. Auch nach der Abschaffung dieser Vorgabe, fanden viele migrantisierte Menschen in städtischen Gebieten zumeist nur Wohnungen in den unsanierten und teils zum Abriss vorgesehenen Altbauten der Arbeiterviertel, [23] die häufig so schlechte Wohnbedingungen aufwiesen, dass weiße Deutsche in großen Zahlen abwanderten. [24]

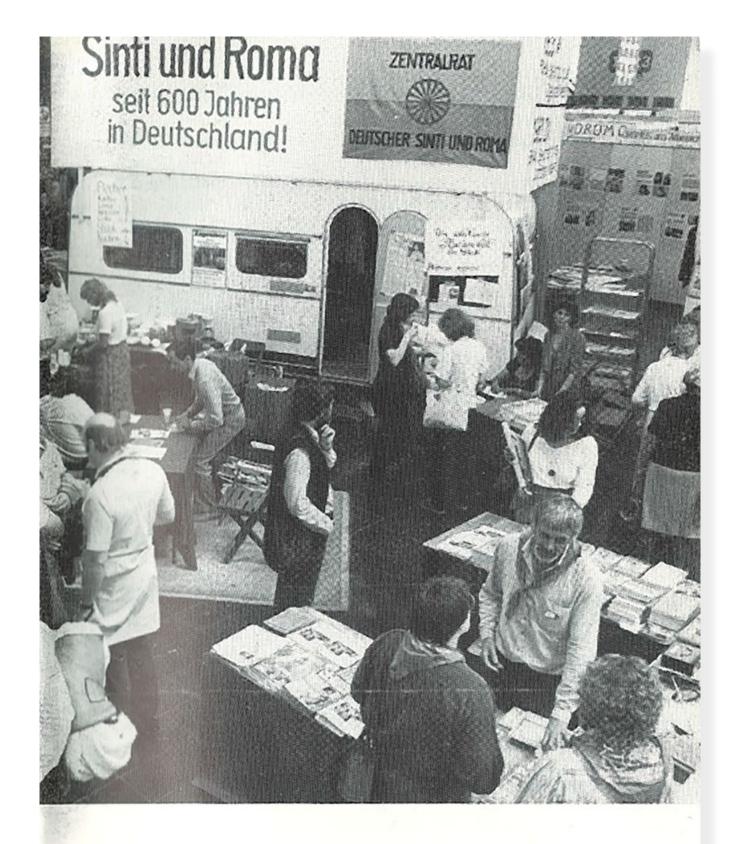
Neben Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt tragen auch ungleiche Zugänge zum Bildungssystem und Arbeitsmarkt zu niedrigeren Bildungsgraden und Haushaltseinkommen unter migrantisierten und rassifizierten Bevölkerungsgruppen bei. Dies schränkt die Wohnmobilität zusätzlich ein. Haushalte mit geringem Einkommen können sich häufig nicht leisten, kostengünstige Wohngegenden mit einer hohen Umweltbelastung zu verlassen oder gar von vornherein zu meiden.

Die Klimakrise verstärkt bestehende Ungleichheiten

Der Klimawandel wird häufig als «Bedrohungsmultiplikator» bezeichnet. Wie der Welt-klimarat (IPCC) feststellt, sind Menschen, «die sozial, wirtschaftlich, kulturell, politisch, institutionell oder anderweitig marginalisiert sind, besonders vulnerabel gegenüber dem Klimawandel und auch einigen Anpassungs- und Treibhausgasminderungsvorhaben». [25]

- **21** Ebd.
- 22 Kotti & Co. 2012.
- 23 Heckmann 1999.
- Die hier sichtbar werdende Wohnmobilität impliziert kein absichtlich segregierendes Handeln, sondern verdeutlicht Vorteile beim Zugang zu Ressourcen.
- 25 Eigene Übersetzung. IPCC 2014.

Titelblatt der Publikation «Wir wollen Bürgerrechte und keinen Rassismus. Sinti und Roma seit 600 Jahren in Deutschland», Heidelberg 1985.



Romani Rose

Wir wollen Bürgerrechte und keinen Rassismus

Die sogenannte «imperiale Lebensweise»^[26] sichert vielen Menschen im Globalen Norden – und zunehmend auch Eliten im Globalen Süden – hohe Konsummuster zu, deren Kosten zum großen Teil in sogenannten «sacrifice zones» (dt. Opferzonen) ausgelagert werden.^{[27][28]} Auch wenn Länder des Globalen Südens, nicht zuletzt in Folge kolonialer und neo-kolonialer Ausbeutungsmuster, am stärksten von den negativen Folgen dieser Ausbeutungsmuster betroffen sind, sind Kosten und Nutzen der imperialen Lebensweise auch im Globalen Norden ungleich verteilt.

Eine im September 2020 veröffentlichte Studie von Oxfam und dem Stockholm Environment Institute (SEI) konstatiert extreme einkommensbedingte Ungleichheiten beim Kohlenstoffausstoß^[29], d.h. mit dem Einkommen vergrößert sich auch der Kohlenstoffausstoß. Dabei lassen sich einkommensbedingte Ungleichheiten nicht von anderen Machtstrukturen (wie Rassismus, Sexismus, Ableismus etc.) trennen. In vielen Ländern sind weiße Männer in den höchsten Einkommensgruppen und rassifizierte Menschen – insbesondere Frauen – in den niedrigsten Einkommensgruppen überrepräsentiert.

Während sich auf Basis von Einkommensunterschieden für Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, tendenziell geringere Kohlenstoffbilanzen ableiten lassen, belegen US-amerikanische Studien seit einigen Jahren, dass Klimawandelfolgen auf eine Weise ungleich verteilt sind, die rassistische Effekte aufzeigt:

- Beispiel Waldbrände: Eine US-amerikanische Studie weist nach, dass die mehrheitlich von Schwarzen, Latinx und/oder Indigenen Menschen bewohnten Gebiete in den USA eine um ca. 50 Prozent höhere Gefährdung durch Waldbrände aufweisen als mehrheitlich weiße Gegenden. Indigene Menschen leben sogar sechsmal häufiger als andere Gruppen in Gebieten, die besonders anfällig für Waldbrände sind. [30] Infolge haben Schwarze und Indigene Menschen, die älter als 55 Jahre sind, ein signifikant höheres Risiko, im Zusammenhang mit Waldbränden zu sterben. [31]
- Beispiel Hitzewellen: Ähnliche Effekte konstatieren US-amerikanische Studien, die die Sterblichkeit bei Hitzewellen untersuchen. In Großstädten wie New York und Chicago ist die Sterblichkeitsrate von Schwarzen Menschen bei Hitzewellen doppelt so hoch wie die von weißen Menschen.^[32] Grund hierfür sind Temperaturdifferenzen
- 26 Brand und Wissen 2017.
- 27 Okereke und Dooley 2010.
- 28 Sealey-Huggins 2017.
- **29** 0xfam 2020.
- **30** Davies et al. 2018.
- 31 Bishai und Summin 2010.
- 32 Madrigano et al. 2015.

innerhalb von Städten zwischen Schwarzen und weißen Nachbarschaften, die bis zu 1,7 Grad Celsius betragen kann.^[33]

Die Liste der Beispiele, die rassistische Effekte aufzeigen, ist lang und umfasst neben Hitzewellen und Waldbränden unter anderem auch eine erhöhte Gefährdung gegenüber Kälteeinbrüchen^[34], Wirbelstürmen^[35] und Überschwemmungen^[36].

Beispiel Corona: Was wir mit Blick auf Umweltrassismus aus der Pandemie lernen können

Statistiken der Gesundheitsbehörden in Chicago zeigen, dass Schwarze Menschen 50 Prozent der Corona-Fälle und 70 Prozent der Sterbefälle ausmachen, obwohl ihr Anteil an der Chicagoer Gesamtbevölkerung nur bei 30 Prozent liegt. Analog zeigen Statistiken aus Großbritannien, dass BIPoC im Fall einer Corona-Erkrankung eine höhere Mortalitätsrate haben. Schwarze Menschen haben ein fast doppelt so hohes Risiko an Covid-19 zu sterben als weiße Menschen. Fund dafür sind neben Wohn- und Arbeitsbedingungen, die «social distancing» häufig nicht zulassen, auch gesundheitliche Vorerkrankungen, die zum Teil im Zusammenhang mit erhöhter Belastung durch Umweltverschmutzung stehen.

Wechselwirkung von Klimawandelfolgen und Umweltrassismus in Deutschland

Die US-amerikanischen Studien machen deutlich, dass Klimawandelfolgen die Effekte von Umweltrassismus auch für BIPoC im Globalen Norden verstärken. Von besonderer Relevanz in Deutschland sind Hitzewellen. Laut dem Lancet Countdown 2020 zu Gesundheit und Klimawandel soll das Land – nach China und Indien – hinsichtlich der hitzebedingten Sterblichkeit bei Menschen ab 65 Jahren das weltweit am drittstärksten betroffene Land sein. [39]

Auf Basis der vorliegenden Statistiken und Erhebungen lassen sich erste Hinweise identifizieren, dass die rassistischen Effekte von Umweltrassismus auch in Deutschland durch Klimawandelfolgen verstärkt werden:

- **33** Hsu et al. 2021.
- 34 Ura und Garnham 2021.
- 35 Allen 2017.
- **36** Frank 2020.
- 37 BBC 2020.
- 38 UK Office for National Statistics 2020.
- **39** Watts et al. 2021.

- Beispiel Berlin: Der Umweltgerechtigkeitsatlas des Berliner Senats zeigt, dass die Wärmebelastung vor allem in dichten Innenstadtgebieten wie Nord-Neukölln, Wedding/Gesundbrunnen, Moabit oder Kreuzberg Nord besonders hoch ist. [40] Menschen mit Migrationshintergrund sind in den Bezirken Neukölln (47 Prozent) und Wedding/ Gesundbrunnen (54 Prozent) überrepräsentiert und damit der Wärmebelastung disproportional ausgesetzt, die bei Hitzewellen zu besonders starker Gesundheitsgefährdung führen kann. [41]
- Beispiel Hamburg: Steigende Temperaturen können biochemische Prozesse befördern und dazu führen, dass bei dem Grundstück, das Sinti*zza und Rom*nja als «Wiedergutmachung» auf einer ehemaligen Mülldeponie zur Verfügung gestellt wurde^[42], der Ausstoß von gesundheitsgefährdenden Stoffen verstärkt wird.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Effekte von Umweltrassismus im Zusammenhang mit der Klimakrise – analog zu den USA – auch in Deutschland verstärken werden.

Umweltrassismus verstößt gegen Grund- und Menschenrechte

Umweltrassismus ist häufig mit Verstößen gegen Grund- und Menschenrechte verbunden. Artikel 72 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes garantiert die «Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse» [43] für alle Bürger*innen. Entsprechend sollten die mit Umweltrassismus verbundenen Verteilungsungerechtigkeiten für politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger*innen von besonderer Relevanz sein. Weil Umweltrassismus in Deutschland fast gänzlich unerforscht ist, wird es Politik, Zivilgesellschaft sowie Stadtund Raumplanung an Daten fehlen, um Umweltrassismus und seine Folgen adäquat anzugehen.

Die Aarhus-Konvention von 1998 ist mit Blick auf die Daten- und Forschungslücke Umweltrassismus von großer Bedeutung. Dieser in Deutschland 2007 ratifizierte, völkerrechtliche Vertrag sichert neben Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auch die Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft durch Zugang zu Umweltinformationen (z.B. durch die Einrichtung von öffentlichen Datenbanken).

- 40 Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz 2019.
- 41 Hauptstadtportal des Landes Berlin 2020.
- **42** EJAtlas 2021.
- 43 Deutscher Bundestag 2020.



Ob in der Politik, in Stadt- oder Raumplanung – marginalisierte und anderweitig besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen können nicht auf Basis universeller, homogenisierender Daten mitgedacht werden. Insbesondere angesichts zunehmender Klimawandelfolgen ist es von besonderer Bedeutung, dass Daten die Lebensrealitäten von Teilen der Bevölkerung abbilden, die einem besonderen Risiko ausgesetzt sind. Dies verdeutlicht der tragische Vorfall in Sinzig, bei dem am 14. Juli 2021 12 der 36 Bewohner*innen im untersten Stockwerk eines Wohnheims für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung während Überschwemmungen ertranken. [44] Indem die Aarhus-Konvention Deutschland zu dem «Schutz des Rechts jeder männlichen/weiblichen Person gegenwärtiger und künftiger Generationen auf ein Leben in einer seiner/ihrer Gesundheit und seinem/ihrem Wohlbefinden zuträglichen Umwelt» [45] verpflichtet, könnte sie ein wirksamer, juristischer Hebel sein, die bestehenden Leerstellen zu schließen.

Ausblick

Als Romani Rose 1985 über den Umweltrassismus, den Rom*nja und Sinti*zza in Deutschland erfahren, schrieb, kamen diverse Umwelt- und Menschrechtsaktivist*innen, die infolge ihres Engagements gegen Umweltzerstörung, Landraub und Menschenrechtsverletzungen an der Seite von Wangari Maathai, Ken Saro-Wiwa oder Berta Cáceres fliehen mussten, nach Deutschland. [46] Indem BIPoC-Gruppen wie Klima del Sol, Mavun, Bloque Latinamericano und Black Earth die Umwelt- und Klimakrise im Zusammenhang von Kolonialität, (Umwelt-)Rassismus und anderen Unterdrückungsdimensionen holistisch betrachten, knüpfen sie nicht nur an die Ursprünge der Umweltgerechtigkeitsbewegung, sondern auch die Kämpfe der vorangegangenen Generation an.

Angesichts zunehmender Klimawandelfolgen ist es eine dringende Notwendigkeit, dass Umweltorganisationen und politische Entscheider*innen die Bedarfe von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, und anderen marginalisierten Gruppen in ihren Programmen, Kampagnen, Narrativen und Studien berücksichtigen. Der Fokus auf Umwelt- und Klimaschutzkonzepte, unter Ausblendung von Fragen sozialer Gerechtigkeit, sorgt für eine mangelnde Interessenvertretung und wird den Anforderungen dieser Zeit nicht gerecht. Der aktuelle Forschungsstand zeigt: Umweltrassismus und andere Diskriminierungsdimensionen, die Umweltgüter und -risiken ungleich verteilen, müssen in Zukunft viel mehr Teil der politischen und zivilgesellschaftlichen Agenda sein.

- 44 Von Seggern 2021.
- **45** UNECE 1998.
- 46 Aus der Erfahrung der Autorinnen.

Glossar

Ableismus ist die Andersmachung und Abwertung von Menschen mit einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung.

BIPoC steht für Black, Indigenous and People of Colour und bedeutet auf Deutsch: Schwarz, Indigen und Personen of Colour. Das Akronym BIPoC setzt sich somit aus politischen Selbstbezeichnungen von Menschen zusammen, die von rassistischer Unterdrückung betroffen sind. Die Begriffe «Schwarz», «People of Colour» und «Indigen» werden von vielen nicht-weißen Menschen als emanzipatorische Selbstbezeichnung verwendet. Die Anfangsbuchstaben werden bewusst groß geschrieben, um eine sozio-politische Positionierung in einer weiß dominierten Gesellschaftsordnung zu markieren.

Intersektionalität untersucht die Überschneidungen und wechselseitigen Wirkungen von Ungleichheits- und Unterdrückungsdimensionen wie «race», Geschlecht, Klasse, Behinderung oder Sexualität. Eine intersektionale Perspektive erkennt an, dass Identitätsachsen immer auf mehreren Ebenen und gleichzeitig miteinander verbunden sind.

Klassismus ist die Diskriminierung von Menschen, denen ein niedriger sozialer Status zugeschrieben wird.

Migrationshintergrund ist ein uneinheitlich definiertes soziodemografisches Merkmal, dass in Deutschland Menschen statistisch zusammenfasst, bei denen die eigene Staatsbürgerschaft oder die von mindestens einem Elternteil bei der Geburt nicht der deutschen entsprach.

Migrantisiert werden Einzelpersonen oder Gruppen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Migrantisierung erfolgt durch Andersmachung (engl. «othering»). Migrantisierte Menschen werden als Fremde konstruiert und einem Herkunftsort außerhalb Deutschlands oder Europas zugeordnet.

«Race» wurde als englischer Begriff im deutschen Sprachgebrauch eingeführt, um an Diskurse anzuknüpfen, die diesen Begriff von einer biologistischen Kategorisierung hin zu einem Analyseinstrument für sozialwissenschaftliche Zwecke erweitert haben. Im deutschen Sprachgebrauch steht diese Transformation noch aus.

Rassifiziert werden Einzelpersonen und Gruppen, die als ethnisch abweichend gelesen werden und verschiedenen Formen der Rassifizierung unterworfen sind. In Deutschland gehören hierzu Menschen, die die Selbstbezeichnungen Schwarz, Indigen oder of Colour (BIPoC) nutzen, Sinti*zza und Rom*nja sowie Menschen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu muslimischen, jüdischen und anderen Religionsgemeinschaften rassifiziert werden.

Rassismus ist ein System, dass «Rassen» konstruiert und damit verbundene Zuschreibungen hierarchisiert. Rassismus begründet, rechtfertigt und kontrolliert die hierarchische Abstufung von rassifizierten Menschen. Rassistische Effekte, unabhängig davon, ob intendiert oder unintendiert, spiegeln sich u.a. in der ungleichen Verteilung von ökonomischen, materiellen und sozialen Ressourcen wider.

Literatur und andere Quellen

- Allen, T. D. (2007): Katrina: Race, Class, and Poverty Refelections and Analysis. Journal of Black Studies, 37(4).
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt Ergebnisse einer Repräsentativen Umfrage. Verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_diskr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf;jsessionid=26761A00BC275D9D9163242E9BA79A08.intranet231?__blob=publication-File&v=4 (abgerufen am 20.07.21).
- BBC News (2020): Coronavirus wreaks havoc in African American neighbourhoods. Verfügbar unter: https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52194018 (abgerufen am 16.07.21).
- Benmarhnia, T./Hajat, A./Kaufman, J. S. (2021): Inferential challenges when assessing racial/ethnic health disparities in environmental research. Environmental Health: A Global Access Science Source, 20(1), 1-10.
- Bishai, D./Lee, S. (2010): Heightened Risk of Fire Deaths Among Older African Americans and Native Americans. Public Health Reports, 125(3), 406-413.
- Brand, U.,/Wissen, M. (2017). Imperiale Lebensweise. München.
- Brian, T. (2014): Toward Climate Justice: Perspectives on the Climate Crisis and Social Change. New Compass Press.
- Bullard, R. (1994): Environmental Racism and Invisible Communities. West Virginia Law Review, 96(4). Verfügbar unter: https://researchrepository.wvu.edu/wvlr/vol96/iss4/9 (abgerufen am 10.07.21).
- Bundes Ministerium für Umwelt, N. und nukleare S. (2006) Die Aarhus-Konvention. Verfügbar unter: https://www.bmu.de/themen/bildung-beteiligung/umweltinformation/die-aarhus-konvention#c31974.
- Chakraborty, T./Hsu, A./Manya, D./Sheriff, G. (2019): Disproportionately higher exposure to urban heat in lower-income neighborhoods: a multi-city perspective. Environmental Research Letters, 14(10), 105003.
- Christian Aid (2020): Climate Justice and Race. Verfügbar unter: https://comresglobal. com/polls/christian-aid-climate-justice-and-race/
- Congressional Black Caucus Foundation (2004): African Americans and Climate change: An unequal burden.
- Davies, I. P./Haugo, R. D./Robertson, J. C./Levin, P. S. (2018): The Unequal Vulnerability of Communities of Color to Wildfire. PLOS ONE, 13(11), e0205825.
- Deutscher Bundestag (2020): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Verfügbar unter: https://www.bundestag.de/gg (abgerufen 01.09.2021).
- Dietz, M./Garrelts, H. (2013): Die internationale Klimabewegung (hrsg. von M. Dietz und H. Garrelts). Springer Fachmedien, Wiesbaden.
- Downey, L./Hawkins, B. (2008): Race, Income, and Environmental Inequality in the United States. Sociological Perspectives, 51(4), 759-781.

- Dreger, S./Schüle, S. A./Hilz, L. K./Bolte, G. (2019): Social inequalities in environmental noise exposure: A review of evidence in the WHO european region. In: International Journal of Environmental Research and Public Health (Vol. 16, Issue 6).
- EJAtlas (2021a): Roma and Sinti settled to toxic landfill, Hamburg, German. Verfügbar unter: https://ejatlas.org/conflict/sinti-people-settled-by-the-αuthorities-in-α-for-mer-toxic-waste-dump-hamburg-germany (abgerufen am 09.08.21).
- EJAtlas (2021b): Sinti Settled to Chemically Contaminated Area, Heidelberg, Germany. Verfügbar unter: https://ejatlas.org/conflict/sinti-families-settled-in-a-chemically-contaminated-area-in-heidelberg-germany (abgerufen am 09.08.21).
- European Environmental Bureau (EEB) (2020): Pushed to the Wastelands: Environmental Racism Against Roma Communities in Central and Eastern Europe. Verfügbar unter: https://eeb.org/library/pushed-to-the-wastelands-environmental-racism-against-ro-ma-communities-in-central-and-eastern-europe/ (abgerufen am 09.08.21).
- Fairburn, J./Schüle, S. A./Dreger, S./Hilz, L. K./Bolte, G. (2019): Social inequalities in exposure to ambient air pollution: A systematic review in the WHO European region. In: International Journal of Environmental Research and Public Health (Vol. 16, Issue 17).
- Fecht, D./Fischer, P./Fortunato, L./Hoek, G./De Hoogh, K./Marra, M./Kruize, H./Vienne-au, D./Beelen, R./Hansell, A. (2015): Associations between Air Pollution and Socioe-conomic Characteristics, Ethnicity and Age Profile of Neighbourhoods in England and the Netherlands. Environmental Pollution, 198, 201-210.
- First National People of Color Environmental Leadership Summit (1991): Principles of Environmental Justice / Environmental Justice Principles. Verfügbar unter: www.ejnet.org/ej/ (abgerufen am 08.08.21).
- Frank, T. (2020): Flooding Disproportionately Harms Black Neighborhoods Scientific American. Scientific American. Verfügbar unter: https://www.scientificamerican. com/article/flooding-disproportionately-harms-black-neighborhoods/ (abgerufen am 01.09.21).
- Galvin, R. (2020): «Let justice roll down like waters»: Reconnecting energy justice to its roots in the civil rights movement. In: Energy Research and Social Science (Vol. 62, p. 101385). Elsevier Ltd.
- Hauptstadtportal des Landes Berlin (2020): Berlin international: Migrationsanteil bei 35 Prozent. Verfügbar unter: https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/6092347-958092-berlin-international-migrationsanteil-be.html (abgerufen am 15.08.21).
- Heckmann, F. (1999): Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? Ghettos Oder Ethnische Kolonie? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, 29-41.
- Hsu, A./Sheriff, G./Chakraborty, T./Manya, D. (o.D.): Disproportionate exposure to urban heat island intensity across major US cities.
- International Panel on Climate Change (IPCC) (2014): Summaryf or Policymakers. In: Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report

- of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and NewYork, NY, USA, 1-32.
- Jesdale, B. M./Morello-Frosch, R./Cushing, L. (2013): The Racial/Ethnic Distribution of Heat Risk-Related Land Cover in Relation to Residential Segregation. Environmental Health Perspectives, 121(7).
- Köckler, H. (2005): Coping Strategies of Households Exposed to Unequal Environmental Quality in Germany Environmental Justice: A topic in Germany? Systems Research.
- Köckler, H./Katzschner, L./Kupski, S./Katzschner, A./Pelz, A. (2008): Umweltbezogene Gerechtigkeit und Immissionsbelastungen am Beispiel der Stadt Kassel. Universität Kassel.
- Kotti & Co. (2012): Hintergrund. Verfügbar unter: https://kottiundco.net/hintergrund/ (abgerufen am 15.07.2021).
- Laurian, L. (2008): Environmental injustice in France. Journal of Environmental Planning and Management, 51(1), 55-79.
- Madrigano, J./Ito, K./Johnson, S./Kinney, P. L./Matte, T. (2015): A case-only study of vulnerability to heat wave-related mortality in New York City (2000-2011). Environmental Health Perspectives, 123(7), 672-678.
- Mitchell, B. C./Chakraborty, J. (2018): Exploring the relationship between residential segregation and thermal inequity in 20 U.S. cities. Local Environment, 23(8), 796-813.
- Morello-Frosch, R./Jesdale, B. M. (2006): Separate and unequal: Residential segregation and estimated cancer risks associated with ambient air toxins in U.S. metropolitan areas. Environmental Health Perspectives, 114(3), 386-393.
- Okereke, C./Dooley, K. (2010): Principles of justice in proposals and policy approaches to avoided deforestation: Towards a post-Kyoto climate agreement. Global Environmental Change, 20(1).
- Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. *www.oxfam.org*.
- Pellow, D. N. (2004): Garbage Wars The Struggle for Environmental Justice in Chicago. The MIT Press.
- Pulido, L. (2017): Environmental Racism. In International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology, 1-13. John Wiley & Sons, Ltd.
- Raddatz, L./Mennis, J. (2013): Environmental Justice in Hamburg, Germany. The Professional Geographer, 65(3).
- Riddell, C. A./Morrison, K. T./Kaufman, J. S./Harper, S. (2018): Trends in the contribution of major causes of death to the black-white life expectancy gap by US state. Health & Place, 52, 85-100.
- Rose, R. (1985): Wir wollen Bürgerrechte und keinen Rassismus. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Heidelberg.
- United Church of Christ (UCCRJ) (1987): Toxic Wastes and Race in the United States A National Report on the Racial and Socio-Economic Characteristics of Communities with Hazardous Waste Sites.

- UK Office for National Statistics. (2020): Why have Black and South Asian people been hit hardest by COVID-19? Verfügbar unter: https://www.ons.gov.uk/peoplepopulatio-nandcommunity/healthandsocialcare/conditionsanddiseases/articles/whyhavebla-ckandsouthasianpeoplebeenhithardestbycovid19/2020-12-14 (abgerufen am 16.07.21).
- Scott, D. N./Smith, A. A. (2017): "Sacrifice Zones" in the Green Energy Economy: Toward an Environmental Justice Framework. McGill Law Journal. Verfügbar unter: https://lawjournal.mcgill.ca/article/sacrifice-zones-in-the-green-energy-economy-toward-an-environmental-justice-framework/ (abgerufen am 01.08.2021).
- Sealey-Huggins, L. (2017): <1.5°C to stay alive>: climate change, imperialism and justice for the Caribbean. Third World Quarterly.
- Senatsverwaltung für Umwelt, V. und K. (2019): Basisbericht Umweltgerechtigkeit Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik. Verfügbar unter: https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/ (abgerufen am 19.07.2021).
- Übereinkommen über den Zugang zu Informationen die Öffentlichkeitsbegleitung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (UNECE) (1998): Verfügbar unter: moz-extension://a7dcf716-290f-8641-9dbc-ce1145cdce6d/enhanced-reader.html?openApp&pdf=https%3A%2F%2Funece.org%2FDAM%2Fenv%2Fpp%2Fdocuments%2Fcep43g.pdf (abgerufen am 20.08.2021).
- United Church of Christ (UCCRJ) (1987): Toxic Wastes and Race in the United States A National Report on the Racial and Socio-Economic Characteristics of Communities with Hazardous Waste Sites.
- Ura, A./Garnham, J. P. (2021): Already hit by pandemic, Texas communities of color suffer blows of winter storm. The Texas Tribune. Verfügbar unter: https://www.texastribune.org/2021/02/19/Texas-winter-storm-suffering-inequities/ (abgerufen am 20.08.2021).
- von Seggern, L. (2021): Ertrunkene Menschen mit Behinderung: Wie konnte das passieren? taz.de. Verfügbar unter: https://taz.de/Ertrunkene-Menschen-mit-Behinde-rung/!5785903/ (abgerufen am 05.08.2021).
- Watts, N./Amann, M./Arnell, N./Ayeb-Karlsson, S./Beagley, J./Belesova, K./Boykoff, M./Byass, P. et al. (2021): The 2020 report of The Lancet Countdown on health and climate change: responding to converging crises. The Lancet, 397 (10269), 129-170 (abgerufen am 28.09.2021).

Die Autorinnen

Imeh Ituen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Globale Klimapolitik und Klimagovernance der Universität Hamburg. Als Wissenschaftlerin und Umweltgerechtigkeitsaktivistin beschäftigt sie sich mit Fragen von Kolonialität und Rassismus in der Klimakrise.

Lisa Tatu Hey ist Deutsch-Kenianerin und seit 2020 Teil des Black Earth Kollektivs. Sie setzt sich kritisch mit «entwicklungspolitischen» Diskursen, die im Kontext der Klimakrise entstehen, auseinander. Sie engagiert sich mit ihrer Arbeit bei «FAIR SHARE of women leaders» für eine Feministische Führungskultur. Seit 2018 lebt sie in Berlin.

Beide Autorinnen sind Teil von Black Earth, einem Umwelt- und Klimagerechtigkeitskollektiv von mehrheitlich FLINT-positionierten BIPoC. Black Earth versteht die Klimakrise als eine historische Entwicklung, beginnend mit Sklaverei und Kolonialismus. Mit dekolonialen, queer-feministischen und ökologischen Perspektiven setzt sich Black Earth für eine intersektionale Klimabewegung ein.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Björn Ecklundt **E** *Ecklundt@boell.de*

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: November 2021

https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Covermotiv: Protest gegen die PCB-Deponie in Warren County, Afton, am 15. September 1982. Foto aus der Jerome Friar Photographic Collection and Related Materials (P0090), North Carolina Collection Photographic Archives, The Wilson Library, University of North

Carolina at Chapel Hill. Lizenz: © Jerome Friar (Alle Rechte vorbehalten)

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Paper zum Downloaden unter: www.boell.de/publikαtionen